

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 2. Februar 1929
11. Jahrg. Nummer 27

Preis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Retikulation: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Einnahme u. der Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 500 39. **Postfach:** Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 239 02. **Verkauf:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filiale-Expeditionen:** Opatowitz, Oberstraße 29, Telefon 4000; Grottkow, Wulff 6, Telefon 2384. **Geschäftsbereich:** von 8-10 Uhr. **Verlag:** am Hauptverlagort Breslau. — **Verlag:** Edel, Verlagsbesitzer, m.B.G., Breslau. — **Druck:** „Reinhold“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Breslauer SPD.-Landtagsabgeordneter Th. Müller schwer kompromittiert

Enthüllungen des Genossen Kasper über sozialdemokratisch-zentristische Pfründentwirtschaft

(Eigener Bericht.) Berlin, 1. Februar.

Der Etat, aus dem die faschistisch-feudal-monarchistische Konterrevolution ihre Subventionen vom sozialdemokratisch-republikanisch regierten Staate bezieht, ist der Haushalt der Preussischen Gesamtverwaltung. Nicht weniger als 9 400 000 Mark werden in diesem Etat zur Unterstützung der feudalen Renn- und Reitervereine ausgemessen. Eine Viertelmillion gibt der Staat für seinen eigenen Rennbetrieb aus. 800 000 Mark schenkt die preussische Regierung als Preise den junkerlichen Vereinen, die sich mit der Zucht von Vollbluthengsten und -stuten beschäftigen. Außerdem erhalten diese „Pferdevereine“ noch jährlich 200 000 Mark als Darlehen, die niemals zurückgezahlt werden.

Das alles zusammen macht für die Subventionierung des feudalen Renn- und Reitsports mehr aus, als der preussische Staat für die gesamte Volksgesundheitspflege übrig hat. Offenbar hält der sozialdemokratische Staatsmann Otto Braun den feudalen Renn- und Reitsport für wichtiger als Volksgesundheitspflege!

Dieses Glanzstück sozialdemokratisch-republikanischer Staatskunst stand am Donnerstag im Landtag zur Debatte. Die Kommunisten beantragten dazu, alle die obengenannten Ausgabenposten des Etats zu streichen, die staatlichen Gelder zur Hälfte zur Hebung der Milch- und Fleischproduktion in Rinderzuchtbetriebe umzuwandeln, ein Verbot von Pferderennen und Wettbetrieben zu erlassen, und, so lange noch Einnahmen aus der Rennwettsteuer fließen, die im

Etat ausgewiesene Summe von 15 400 000 Mark ausschließlich für die staatliche und kommunale Wohlfahrtspflege zu verwenden. Um den notleidenden Massen vorzutäuschen, als sei die SPD. gegen die standalöse Verschwendung von Staatsgeldern für den feudalen Reit- und Reinsport, empfahl die Abgeordnete Frau Wolgast eine Kürzung der Subventionen um drei Millionen, beileibe nicht etwa Streichung der mehr als zehn Millionen Gesamtsubventionen. Und diese Halbwelt begründete diese Sozialdemokratin auch nur damit, daß der Präsident des vom Staat subventionierten „Union-Clubs“ aus Anlaß des 70. Geburtstags des „Hohen Protektors“ ein Festessen der Mitglieder dieses feudalen Klubs veranstaltet habe. Im übrigen leistete sich die SPD. die Stellung ihres Täuschungsantrages auch nur, weil sie weih, daß ihr ihre Koalitionsgenossen doch zusammen mit der Volkspartei und den Deutschnationalen ablehnen.

Warum die SPD. das von den Kommunisten geforderte Verbot der Pferderennen und der Wettbetriebe sowohl als auch die Kürzung der Subventionen für die faschistisch-feudal-monarchistische Konterrevolution ablehnt, das wurde schon einmal vom Genossen Kasper

Mit dem Rennbetrieb sind die fetten, staatlich konzessionierten Buchmacherpfründe verbunden. Im vorigen Landtag waren die Zentrumsabgeordneten Teitscheid und Blant, den sozialdemokratisch inspirierten Blättern vorwarfen, daß sie ihre guten Beziehungen zum Landwirtschaftsministerium ausnützten, um gar nicht ungenüßig guten Parteifreunden Buchmacherpfründe zuzuschleusen. Genosse Kasper, der diesen Skandal im Parlament aufdeckte, konnte nachweisen, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Bresslau und Wittich, Sessen sich in ähnlicher Weise betätigten, und daß der Skandal nur deshalb in die Öffentlichkeit kam, weil der ehemalige USP.-Reichstagsabgeordnete Ernst Sindikus des Buchmacherverbandes, die Buchmacherpfründe als eine Domäne in erster Linie für Sozialdemokraten betrachtete.

Der Sozialdemokrat Theodor Müller, Breslau hat damals die für die SPD. sehr blamable Affäre nur sehr schwach abzukleimen gewagt. Wittich schwieg ganz und gar und die Zentrumsabgeordneten Teitscheid und Blant gaben die Erklärung im Landtag ab, daß sie gegen die „Verkümbel“ gerichtliche Verfahren angestrengt hätten, die ihre Sauberkeit beweisen würden.

Von den vier Abgeordneten gehört bezeichnenderweise keiner mehr dem Landtag an. Auffälligerweise erschien aber kürzlich zum Verbandstag der Buchmacher ein Artikel des Sozialdemokraten Josef Ernst, in dem er ausführt, daß die Gefahren einer Beschneidung des Einkommens der großen Buchmacher, die durch Anträge im Landtag gedroht hätten, „lang- und langlos in der Verfertigung verschwinden seien“. Die Träger der Anträge, die Zentrumsabgeordneten Teitscheid und Blant seien nicht wiedergewählt. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen wegen der Vorwürfe, die Rückkante gegen sie erhoben hätten, hätten nicht stattgefunden, weil eine Klage überhaupt nicht erhoben worden sei. Die Klage erfolgte natürlich nur deshalb nicht, weil die beiden Abgeordneten wußten, daß der Staatsanwalt ihre Wette nicht wieder reinwaschen kann.

Zu dieser Subventions- und Pfründentwirtschaft konnte weder der Landwirtschaftsminister, noch die SPD. auch nur ein Wort erwidern. Die Abstimmung über den Gesamtetat findet am Dienstag, dem 6. Februar, statt.

Hungerschiedspruch für die schlesischen Landarbeiter

Breslau, 1. Februar. Ende Januar fanden Schlichtungsverhandlungen über den Vorlohnstarif der schlesischen und ober-schlesischen Landarbeiter statt. Die Schlichterkammer fällt einen Spruch. Der Inhalt dieses Spruches ist für die Landarbeiter so ungünstig, daß selbst der sozialdemokratische „Landbote“ gezwungen ist, zu schreiben: „Das Ergebnis selbst im ganzen betrachtet, ist nicht dazu angetan, die Hoffnungen der Landarbeiter zu befriedigen.“ Der „Landbote“ wagt auch nicht, den Inhalt des Spruches bekanntzugeben. Er schreibt:

„Eine Bekanntgabe der neuen Lohnabelle kann aus den dargelegten Gründen (weil es noch fraglich ist, ob die Unternehmer dem Spruch zustimmen) noch nicht erfolgen. Erst muß die endgültige Erledigung erfolgt und die Verbindlichkeit dieses Spruches durch das Ministerium ausgesprochen sein, so daß damit die neue Lohnabelle Gesetzeskraft erlangt. Dann wird die genaue Bekanntgabe durch die Organisation, den Deutschen Landarbeiterverband, erfolgen.“

Diese Auslassung kennzeichnet so recht die reformistische Gewerkschaftspolitik! Erst stellen die reformistischen O.V.-Führer ziemlich hohe Forderungen auf, dann beteiligen sie sich eifrig an der Arbeit der Schlichterkammer und geben die aufgestellten Forderungen preis, zum Schluß warten sie geduldig auf die Verbindlichkeitsklärung eines Spruches, an dessen Zustandekommen sie eifrig mitgearbeitet haben, und dessen Inhalt die Arbeiter verhöhnt. An einen Kampf denken die O.V.-Führer nicht! Auch der letzte Landarbeiter muß erkennen, daß mit diesen Führern niemals ein Erfolg für den Arbeiter erzielt werden kann. Die Arbeiter müssen sich zum Ziel setzen, die Reformisten aus der Leitung zu beseitigen und die Führung der Kämpfe in eigene Hände zu nehmen.

zum Reichspräsidenten begeben, um ihm über die bisherigen Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Weiterberatung des Steuervereinheitlichungsgesetzes

(Eig. Ber.) Berlin, 31. Januar.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde die erste Beratung des Steuervereinheitlichungsgesetzes fortgesetzt. Mit Ausnahme des Redners der Bayerischen Volkspartei begrüßten die bürgerlichen Debatterdenner das Pilsferding-Gesetz, um so mehr, als es ja vom Bürgerblod ohne die geringste Änderung übernommen wurde. Nach Abschluß der Beratung vertagte sich der Reichstag auf Freitag nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Marienstandsbearbeitungsgesetz und Handwerkernebel.

Anerkennung der Nanjing-Regierung durch Japan. Im Tokio, 31. Januar. Die japanische Regierung hat am Mittwoch beschlossen, die Nanjingregierung de jure und de facto anzuerkennen. Der Ministerpräsident empfing daraufhin den chinesischen Geschäftsträger und erklärte ihm, daß der japanische Geschäftsträger in Peking demnächst tschangtsaisch sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter der japanischen Regierung überreichen werde. Die japanische Regierung lehne es zunächst ab, die Gesandtschaft in Peking zu einer Botschaft umzuwandeln.

Vom Tage

Wie aus Rowo gemeldet wird, hat der afghanische Gesandte am Donnerstag Karachan besucht und ihm offiziell mitgeteilt, daß Amanullah seine Abdankung zurückgezogen und eine nationale Regierung in Kandahar gebildet hat.

„All“ meldet, daß Trojki am 24. Februar die Sowjetunion verläßt und sich nach der Türkei und von dort nach Deutschland begeben will, um sich in der Nähe Berlins niederzulassen. Eine Bestätigung der Nachricht durch Moskau liegt noch nicht vor.

Die verhafteten Urheber des spanischen Aufstandes sind zum Tode verurteilt worden.

Während der Haushaltsdebatte im polnischen Sejm kam es gestern nachmittags zu schweren Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der polnischen sozialistischen Fraktion und der von ihr abgeplätterten offen faschistischen regierungsfreundlichen Gruppe, die in Fäktlichkeiten und Tumult übergingen.

Nach Blättermeldungen befindet sich die gesamte Tagesetnnahme des abgebrannten Warenhauses Riez, die im Trejor der Hauptstraße untergebracht war, noch unter den Trümmern. Im übrigen soll der gesamte Schaden durch Versicherungen gedeckt sein.

Die heute, welche die Einbrecher in die Berliner Diskontobank ergiebt haben, soll eine Million Mark betragen.

Es wird weiter gefubhandelt

Noch keine Aenderung der Lage in der Frage der Regierungsumbildung

All. Berlin, 31. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Donnerstagabend zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Stegerwald, berichtete über die Unterredung, die er gemeinsam mit dem Abgeordneten Dr. Kaas im Laufe des Donnerstagnachmittags mit dem Reichskanzler Müller hatte. Reichskanzler Müller hat lediglich darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, die einer Regierungsumbildung im Reiche entgegenstünden, nach wie vor in Preußen lägen. Eine Aenderung der politischen Lage ist infolgedessen noch nicht eingetreten. Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist jedoch ebenso wie ihr Fraktionsvorstand der Auffassung, daß eine Umbildung der Reichsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition sofort zu erfolgen hat, ganz gleichgültig, ob die gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung möglich ist oder nicht. Eine Besprechung des Reichskanzlers Müllers mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei ist für Freitag in Aussicht genommen. Am Freitagabend wird sich Reichskanzler Müller dann

Der durch die Enthüllungen unseres Genossen Kasper kompromittierte Breslauer sozialdemokratische Abgeordnete Theodor Müller gehört zu jenem alten „herabstümmten“ Beamtenstab, der bereits in der Vorkriegszeit fest auf dem Boden der Politik des Parteivorstandes stand und dann alle Schandblüten der SPD. von 1914 bis 1929 mitmachte. Zwar konnte die Nachkriegssozialdemokratie den an alten Phrasen festhaltenen Thebchen nicht mehr als Parteisekretär und Vorsitzenden gebrauchen, sie verwendete ihn aber als Lokalgeschichtsschreiber und sicherte ihm durch Uebertragung des Abgeordnetenmandats eine behagliche Existenz.

Im übrigen steht der Fall Müller nicht vereinzelt da. Sehr bezeichnend ist die Tatsache, daß das frühere Vorstandsmitglied der Breslauer Sozialdemokratie, Herr Lehner, der Schwiegervater des preussischen Finanzministers Höpfer-Nichhoff ist, vor längerer Zeit die gut einträgliche, nicht mit viel Arbeit verbundene Stellung eines preussischen Vorterrakollektors erhalten hat, von Beruf war Lehner früher Landessekretär. Das macht nichts, dafür hatte er das richtige Parteimitgliedsbuch und den richtigen Schwiegerjohn rechtzeitig gewischt.

Rüftet zur Betriebsrätewahl!

Das Plenum des Zentralkomitees beschloß mit allen gegen 5 Stimmen (Gruppe der Verehrten Ernst Meyer, Georg Schumann, Hans Schröder, Karl Weder, Paul Dietrich), die Reichsparteiarbeiterkonferenz mit allen gegen 2 Stimmen (bei 1 Stimmenthaltung) folgende Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen:

Richtlinien für die Taktik der revolutionären Opposition bei den Betriebsrätewahlen

Die fortgesetzte Zulassung und Erweiterung der Wirtschaftskämpfe, die wachsende Kriegsgefahr bei gleichzeitig immer stärker werdender Verschmelzung des von der reformistischen Bürokratie beherrschten Gewerkschaftsapparates mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat der Bourgeoisie macht es notwendig, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Vorbereitung, Organisierung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe in ihre Hände bringt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition möglichst viele Positionen erobern, die sie mit den Betriebsbelegschaften auf das engste verbinden.

Die Betriebsräte sind die geeignetsten Positionen zur Führung der Massen in ihren Kämpfen. Das ist der reformistischen Bürokratie wohlbekannt, darum hat sie einerseits die Betriebsratsbewegung zerstückelt und korumpiert, sie zu einer Filiale der Unternehmerinteressenvertretung erniedrigt und versucht, andererseits durch Anwendung aller möglichen urdemokratischen Maßnahmen die revolutionären Gewerkschaften von den Betriebsräten auszuschalten und die Betriebsbelegschaften um ihr freies Wahlrecht zu den Betriebsräten zu pressen. Alle diese Umstände zwingen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, ihre bisherige Taktik, den Erfordernissen einer selbständigen Wirtschaftskampfführung durch die Opposition anzupassen. Jeder Betrieb muß wieder eine revolutionäre Burg werden. Die Einheitsfront der Belegschaft auf der Massentampfbasis auf Grund der Durchführung einer proletarischen Demokratie muß wiederhergestellt werden. Der Betriebsrat muß ein Organ der Kampfführung und zur Brechung der reformistischen Kampfabotage werden. Im Außerparlamentarischen Kampf hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die ersten Erfolge einer selbständigen Kampfführung erzielt. Es gelang ihr durch die Kampfleitungen, breite proletarische Schichten zusammenzufassen und in die Kampffront einzureihen. In den bevorstehenden Betriebsrätewahlen muß diese Taktik eine Fortsetzung finden und eine breitere Basis für das selbständige Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition als Führerin der Massen schaffen.

Im Vorbergrund der gesamten Tätigkeit der revolutionären Opposition stehen darum in der nächsten Periode die Fragen:

1. des Kampfes um die Organisierung der revolutionären Massenfront durch Verankerung der revolutionären Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben und Verbänden und durch die Anwendung wirkungsvoller Methoden zur Beeinflussung und Erfassung der Unorganisierten;
2. die selbständige Kampfführung der Arbeiterklasse in den Wirtschaftskämpfen auch gegen den Willen des reformistischen und christlichen Gewerkschaftsapparates (Bedeutung der Kampfleitungen);
3. Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen entsprechend den vorstehenden Grundfragen.

Den bevorstehenden Betriebsrätewahlen ist darum die allergrößte Beachtung beizumessen. Unter Einwirkung der ganzen Kraft der Partei müssen diese Wahlen zur weitesten Mobilisierung aller Betriebsarbeiter und zum rücksichtslosen Kampf gegen den Reformismus und für die revolutionären Klassenkämpfe ausgenutzt werden.

Wie in den Gewerkschaften, so beseitigen die sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer auch bei den Betriebsrätewahlen die Arbeiterdemokratie vollständig. Die Mittel, die sie dazu anwenden, sind diktatorische Bestimmungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, Ausschaltung revolutionärer Gewerkschaftsmitglieder von der Kandidatur, Zwang für die Mitglieder der freien Gewerkschaften, nur auf freigewerkschaftlichen Listen zu kandidieren, rücksichtslose Ausschlußmaßnahmen bei Ablehnung der Unterordnung unter dieses Diktat und Ausschaltung der großen Massen unorganisiertem Arbeiter bei der Aufstellung der Kandidatenlisten. Während die reformistischen Bürokraten mit den Vorständen der Christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften feste Arbeitsgemeinschaften zur Abwürgung der Arbeiterkämpfe bilden, verhindern sie in den Betrieben die Herstellung der Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den christlichen, Kirch-Dunderschen und unorganisierten Arbeitern zum gemeinsamen Klassenkampf gegen das Unternehmertum oder das Zusammengehen der verschiedenartig organisierten Arbeiter auf der Grundlage der Plattform proletarischer Forderungen bei den Betriebsrätewahlen.

II.
Diese Tatsachen machen es notwendig, eine feste Verbindung der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden organisierten und unorganisierten Arbeiter herbeizuführen, den revolutionären Einfluß in den Betrieben zu festigen und zu diesem Zwecke die Betriebsrätewahl-Kampagne auszunutzen.

- Dies muß auf folgender Basis geschehen:
- a) Durch vorbereitende Agitation für demokratische Wahlen, für Einberufung von Betriebsversammlungen, zu denen einheitsliche Kandidatenlisten auf der Grundlage konkreter proletarischer Forderungen aufgestellt werden.
 - b) Durch Einberufung gemeinsamer Belegschaftsversammlungen der organisierten und unorganisierten Arbeiter durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, in denen das Wahlprogramm und die Aufstellung einheitslicher Kandidatenlisten vorgeschlagen und beschlossen werden soll. In diesen Versammlungen ist ein Komitee zur Durchführung der Wahlkampagne in den Betrieben zu wählen.
 - c) Diese einheitslichen Kandidatenlisten sind in gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen oder Funktionärversammlungen von der revolutionären Opposition zur Annahme vorzuschlagen.
 - d) Im Falle der Ablehnung dieser Listen durch die Gewerkschaftsbürokratie und die von ihnen beherrschten Versammlungen soll die revolutionäre Opposition, sofern die Voraussetzungen dafür bestehen, die von der Belegschaft aufgestellte Einheitsliste einbringen.
 - e) Bei der Aufstellung der Listen in Betrieben, in denen im größeren Umfange Arbeiterinnen beschäftigt werden, müssen diese unbedingt entsprechend ihrer Bedeutung berücksichtigt werden.

f) Um zu verhindern, daß die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie diese Taktik mit dem Ausschluß der führenden Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb beantwortet, ist es angebracht, nicht alle aktiven Führer der Gewerkschaftsopposition auf die Kandidatenlisten zu stellen.

III.

Die Aufstellung der Kandidatenlisten muß auf der Basis proletarischer Forderungen geschehen, für deren Durchsetzung zu kämpfen sich die Kandidaten der freigewerkschaftlichen bzw. oppositionellen Einheitslisten verpflichten müssen. Diese Forderungen sind:

1. Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften, für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Massentampfbasis, gegen Wirtschaftskriege und gegen den Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie.
 2. Für die Organisierung eines entlohnen Kampfes für die Erhöhung der Arbeiterlöhne, Sicherung des achtstündigen Maximalarbeitstages, freier Sonntags- und Nachmittags-, für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden, für Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Leistung, für größeren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche.
 3. Gegen Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungssystem, für Streikfreiheit, gegen Unterechtsterror und Betriebskassismus.
 4. Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, für einheitsliche Massenorganisation der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse.
- Auf den von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgeschlagenen Kandidatenlisten sind neben den freigewerkschaftlich organisierten auch solche unorganisierten Arbeiter aufzustellen, die in der Belegschaft einen großen Einfluß haben und sich als Klassenbewußte Arbeiter in den Kämpfen der Arbeiter betätigt haben.
- In Gegenden, in denen die christlichen und Kirch-Dunderschen

Diktatur und „Nervenschuß“ im Breslauerengewerksbund

Wie wir bereits am Mittwoch kurz berichteten, fand am Dienstag die Vertreterversammlung im Breslauer Gewerksbund statt. Da auf Grund der bekannten Geschehnisse und seiner Treue Angst haben, nicht wiedergewählt zu werden, reichten sie in der Vertreterwahl einen Antrag ein, wonach die Wahl des Vorstandes nicht mehr in den Mitgliederversammlungen, sondern in der Konferenz der Vertreter vorgenommen werden soll. Dieser Antrag rief selbst unter den sozialdemokratischen Kollegen heftige Empörung hervor. Die Kollegen Gorech, Kunkler, Vogt und Frost haben aus Scham gegen den Antrag gesprochen und vorgeschlagen, den Antrag einer Kommission zur Prüfung zu überweisen und den Mitgliedern zur Bestätigung vorzulegen. Dank seiner guten Verbindungen gelang es Weise, mit schwacher Mehrheit (70 gegen 45 Stimmen bei vielen Stimmenthaltungen) den Antrag durchzubringen. Das Ergebnis der Abstimmung ist unweifelhaft ein Zeichen des verschärften Einflusses der Opposition. Mit welchen verworrenen Mitteln Weise seinem Antrag Nachdruck zu verleihen sucht, zeigt der Umstand, daß sein Kommando gegen den Sprecher Gorech taktisch vorgehen wollte. Auf die Anfrage der Opposition, was an den bekannten Anschuldigungen der Kollegen Kneiff und Firzen wahr sei, verweigerte Weise jede Auskunft. Er habe die Absicht, sich erst vor dem neuen Forum im März zu verantworten. Im Falle des Passierens habe er gezwungen, zuzugeben, daß Habel wegen Unregelmäßigkeiten entlassen werden mußte. Aus dem Bunde werde Habel nicht ausgeschlossen, da er ein schwer Nervenkranker sei. Ueber die Höhe der untergeschlagenen Summe konnte Weise keine Auskunft geben. Er sagte, es könne 50 bis 1000 Mark sein. Aus den Büchern könne man nichts feststellen. (Wertwürdige Bücher, aus denen man nichts feststellen kann. Wäre der Kassierer ein Kommunist, hätte man auch ohne Unterschlagnung sehr viel feststellen können.) In den Reihen der Bauarbeiter kursiert das Gerücht, daß bereits vor längerer Zeit in der Kasse eine Summe von 18 000 Mark fehlte. Dieser Betrag wurde feinerzeit gedeckt und Habel blieb. Einige Zeit darauf wurden erneut kleinere Unterschlagungen festgestellt. Wiedermum sollte der Fehlbetrag gedeckt werden. Die Revisionen waren mit der Bedingung einverstanden, verlangten aber die Festigung Habels. Seine Absetzung erfolgte erst nach dem bekannten Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“. Als Begründung wurde „Nervenschuß“ angeführt. (Es ist interessant zu erfahren, daß man vom Leben eines Artikels in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Nervenschuß bekommen kann!)

Einige Fanatiker zerbrachen sich den Kopf über die Frage, wer der „Arbeiter-Zeitung“ das Material über den Fall Weise lieferte. Auf der Suche nach dem Verbrecher wurden selbst sozialdemokratische Kollegen verdächtigt. Wir empfehlen Weise, einmal die Kriminalabteilung im Polizeipräsidium anzuläuten, dann findet er den Richterfall bestimmt — nicht.

Ausschaltung der Demokratie auch in Rauffung

Wie überall, so treten auch in Rauffung die sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen und ihre Verbände der Mitgliedschaft und besonders der Gewerkschaftsopposition gegenüber von Tag zu Tag schärfer entgegen. Das zeigte sich schon in den letzten Funktionärversammlungen. In der vorletzten Funktionärversammlung suchte der Kollege Pohl die Sondernahrung für die Saisonarbeiter zu verschleiern. Diesem wurde natürlich seitens der Opposition entgegengetreten. In der letzten Sitzung der Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes hielt der Kollege Schneidewind aus Breslau einen Vortrag über gegenwärtige Organisationen. Er stellte u. a. die syndikalistischen Organisationen als kommunistische hin und hegte gegen Kommunismus und Sozialismus. Als daraufhin seitens der Kollegen Walprecht und Sieber erwidert und dabei der Aufruf erwähnt wurde, schickten sich die SPD'er getroffen, und der Kollege Menzel brauchte auf. Das schändlichste Stück aber hat sich in der Generalversammlung der Fabrikarbeiter am 20. Januar abgespielt. Nach der Bekanntgabe der Tagesordnung verlangte der Kollege Paul Härtel für Diskussionsredner nur zehn Minuten Redezeit. Wie uns von einem Kollegen mitgeteilt, und von dem anderen nicht abgegriffen wurde, hat dieser SPD- und Reichsbanner-Mann, im Bunde mit dem Kollegen Ernst Meyer, in der SPD-Generalversammlung verlangt, daß der Führer der Opposition, der Kollege Walprecht, durch Abweisung Habels verhindert werden solle. Der Kollege Paul Härtel erklärte schließlich in

Organisationen größeren Einfluß auf die Belegschaften haben. Sind revolutionär gestimmte, zuverlässige Arbeiter aus diesen Verbänden, wenn sie Einfluß auf ihre Kollegen haben, als Kandidaten für die Einheitsliste zu gewinnen, um den reaktionären Einfluß der christlichen oder Kirch-Dunderschen Gewerkschaftsführer auf die Belegschaft zu brechen.

Die Vorbereitung der oppositionellen Vorschläge zu den Kandidatenlisten ist die Aufgabe der Fraktionen und Betriebszellen.

Die unorganisierten Arbeiter in den modernen Kleinbetrieben sind natürlich nicht gleichgültig jenen außerhalb der Organisation stehenden, vielfach streikbrecherischen Elementen in solchen Betrieben, wie Buchdruck, Zimmergewerbe und Ähnliche. Ihre Verankerung zur Kandidatur auf der Einheitsliste ist besonders dort von Bedeutung, wo die unorganisierten Arbeiter einen großen Teil der Belegschaft ausmachen und sich in der letzten Zeit an den Kämpfen der Arbeiter aktiv beteiligt haben, und sie ist zweckmäßig, um die unorganisierten Arbeiter schneller für die Klassenfront und für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

In solchen Betrieben, in denen die Belegschaft in ihrer großen Mehrheit freigewerkschaftlich organisiert ist, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition für die Verhältnismäßigkeit bei der Aufstellung der einheitslichen freigewerkschaftlichen Kandidatenlisten in den Belegschaftsversammlungen kämpfen. In keinem Fall dürfen sich die Kommunisten auf einen prinzipienlosen Mandatsgeschäft einlassen.

Die Einbringung des oppositionellen Vorschlags als selbständige Liste ist abhängig von den konkreten Verhältnissen in den Betrieben. Die Durchführung der Liste der Opposition erfordert eine genaue Abschätzung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Belegschaft, ein genaues Schema, sondern größtmögliche Beweglichkeit und entschiedenes Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Anerkennung ihrer Forderungen in der Belegschaft.

In Fällen, wo die Gewerkschaftsbürokratie versucht, die Kommunisten von den unorganisierten Arbeitermassen zu trennen, indem sie sich wohl berückelt, Kommunisten auf eine freigewerkschaftliche Liste zu nehmen, aber die Aufnahme der unorganisierten abweist, darf in der Regel auf eine konsequente Durchführung der ausgelegten Liste nicht verzichtet werden.

Wo sich Differenzen oder besondere Schwierigkeiten ergeben, soll die zuständige Parteileitung (Bezirksleitung, Unterbezirksleitung) endgültig das Vorgehen in den einzelnen wichtigen Großbetrieben entscheiden.

einer Versammlung des Bundes für Mutterschutz, daß er früher Betriebsrat gewesen wäre, aber jetzt nur für sich selbst eintrete. Der zweite dagegen, der SPD- und Reichsbanner-Mann Ernst Meyer, überließ gegen Kommunisten Gerechtigkeit, hätte alle Ursache zu schweigen. Dieser übernahm den Kassiererbereich der Belegschaft, den vorher der Kollege Sieber lasierte, er hat die Beiträge lasiert und das Abrechnen vergessen, eine ganze Zeilang, bis sich die Mitglieder beschwerten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Angestellte Kollege Pohl (Kirchberg) einen Vortrag über die „Parteilosigkeit und Arbeiterschaft“. Dabei rebelle er einer Preis-erhöhung der Waldenburger Kohle das Wort. In der Diskussion wies der Kollege Walprecht darauf hin, daß das Gehalt der Waldenburger Unternehmer betreffs Unrentabilität ihrer Anlagen nur bezweck, neue Millionen nach den anderen von Seiten des Staates zu ergaunern. Bei einer Stellungnahme zur Führung des Kampfes im Industriegebiet durch die Gewerkschaftsopposition sagte eine wahre Geze ein, die ihn am Weiterreden verhinderte. Also, Arbeiter von Rauffung, man will verhindern, daß ihr die Wahrheit hört.

Nach dem Geschäftsbericht erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Hier halte man nun alle Hadel in Bewegung gesetzt, um die Opposition auszuschalten. Durch die Handlungen der Pohl und Menzel war der größte Teil der Versammlung in Verwirrung geraten und durchschaute das Spiel nicht. Während seit Jahren die Vorschläge zur Ortsverwaltung aus den Reihen der gesamten Mitgliedschaft, die in der Generalversammlung angenommen ist, kamen, ließ man es jetzt nicht zu. Besonders fühlte sich hier der Kollege Menzel aus Herrscher von Eshinshaus. Trotzdem keine statutarische Bestimmung besteht, die die Vorschläge an Betriebe und dergleichen bindet, schob man die Verwaltung zusammen. Trotzdem Zettelwahl verlangt wurde, ließ man sie nicht zu, ein großer Teil der Anwesenden beteiligte sich überhaupt nicht an der Abstimmung, dadurch war es den Kollegen möglich, alles zu ihren Gunsten zu stemeln. Dieser Verwaltung gilt unser schärfster Kampf. Jeder Gewerkschaftler muß diesen unterstützen, bis eine einmündige Abstimmung erfolgt. Zwei der Gehobenen waren gar nicht anwesend, einer ist noch ein halbes Jahr in Frankfurt a. M. an der Akademie der Arbeit. Bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nach Kirchberg wiederholte sich das selbe Bild. Die Mitgliedschaft will man nur als Beitragsgläubiger, im Übrigen will man sie rechtlos machen. Verlangt, daß die Delegierten, und zwar für eine bestimmte Zahl — z. B. für 100 Mitglieder ein Delegierter — von der Mitgliederversammlung vorgeschlagen und gewählt werden.

17,46 Mark Lohn für 46 Arbeitsstunden

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)
Ich arbeite seit langer Zeit in der Reiberei der Firma Janke u. Co., Textilfabrik, Grünberg. Der Leiter der Firma ist Direktor Nylohr. Er zahlt die niedrigsten Sätze in der gesamten Textilbranche Grünbergs. Trotzdem die Arbeit ungesund und ölig ist, bekomme ich jede Woche an Lohn 23,59—23,79 Mark mit Abzug bei 46stündiger Arbeitszeit und Schichtarbeit ausgezahlt. Die Arbeiterinnen dieser Abteilung bekommen anstatt 17,98 Mark nur 17,46 Mark ausgezahlt. Trotzdem die Frauen auch Schichtarbeit und 46 Stunden in der Woche arbeiten, werden ihnen nur 44% Stunden bezahlt, die 14. Stunde wird für die Frühstückspause abgezogen. Das macht pro Woche 62 Pfg. aus; 14 Frauen arbeiten in beiden Schichten, das sind 14 mal 62 = 728 Pfg., das Jahr 728 mal 62 = 378,56 Mark. Für dieses Geld leistet sich die Firma Autosfahrten, und dabei passieren so kleine Strafengrabenfahrten usw. Die Arbeiterinnen sind restlos in dem Deutschen Textilarbeiter-Verband organisiert, aber kein Verband und kein Betriebsrat kümmert sich um diese Angelegenheit.

Der Lohnbeutel einer Arbeiterin sieht wie folgt aus:

44% Eid. à 41,8 Pfg.	Mk. 18,02
Prämie	" 0,00
Bruttolohn	" 19,22
Abzüge:	
Invalidentversicherung	Mk. 0,60
Frankenkasse	" 0,94
Arbeitslosenversicherung	" 0,52 " 1,76
Nettolohn	Mk. 17,46

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen! Der Lohnfußball in der schrecklichen Textilindustrie läuft in den nächsten Wochen ab. Formuliert schon jetzt eure Forderungen. Bereitet den Kampf vor!

Rosa Luxemburg über die Unorganisierten

Wir bringen einige Auszüge aus den Reden und Artikeln der Genossin Rosa Luxemburg über die Unorganisierten. Die heutige Reichskonferenz der Parteiarbeiter wird als zentralen Punkt ihrer Tagesordnung die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Kampffront aller Arbeiter behandeln, wobei die Einreihung der Unorganisierten in diese Front von ungeheurer Bedeutung ist. Wir glauben deshalb, daß die Ansichten unserer Rosa und ihr Kampf in dieser Frage gegen die Scheidemann, Schumann, Bauer und Husemann sehr wichtig ist.

Nur etwa 27 Prozent der gesamten Masse der Gehalts- und Lohnempfänger in Deutschland sind gewerkschaftlich organisiert. In den Schlüsselindustrien sind die Organisationsverhältnisse noch viel schlechter. Die Masse der Unorganisierten ist deshalb entscheidend für den Ausgang jedes Kampfes. Der große Kampf an der Ruhr hat diese Frage mit besonderer Schärfe in den Vordergrund gerückt. In diesem Kampfe hat die Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei zum ersten Male in den letzten Jahren den Versuch gemacht, die große Masse der Unorganisierten mitzureißen und für den Kampf zu gewinnen. Die sozialdemokratische Presse hat darüber gehöhnt, die kommunistische Partei wurde „die Partei der Unorganisierten“ genannt.

Auch die Gruppe um Brandler, Walcher und Enberle greift die kommunistische Partei wegen ihres Verhaltens gegenüber den Unorganisierten im Ruhrkampf an. Jakob Walcher erlaubt sich sogar, die Ansichten Rosa Luxemburgs zu fälschen: er behauptet nämlich, daß Rosa die Bedeutung der Unorganisierten nur für den politischen Kampf

festgelegt hat. Die unten gebrachten Auszüge zeigen die Meinung von Rosa über die Rolle der Unorganisierten auch im Wirtschaftskampf.

Die Versöhler zeigen auch in der Frage des Kampfes um die Unorganisierten ihre Uebereinstimmung mit der Brandler-Gruppe. In ihrer Plattform ist zu lesen („Internationale“, Januarheft, S. 65):

„... Man (das I.R.) überschätzt außerordentlich die Kampfkraft der Unorganisierten und vernachlässigt dementsprechend die Entwicklung der Kampfkraft der organisierten Arbeiter. ... So beginnt sich langsam wieder die alte, hundertfach widerlegte Theorie zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen, daß der vollkommen Unorganisierte, in „normalen“ Zeiten praktisch indifferenten Arbeiter, „revolutionärer“ und deshalb für die Durchführung von Kämpfen von größerer Bedeutung sei als der organisierte reformistische Arbeiter.“

In glänzender Art und Weise widerlegt die Genossin Rosa Luxemburg eben diese Behauptung über den Indifferentismus und die Passivität des unorganisierten Arbeiters.

Die Wichtigkeit der unorganisierten Massen für den politischen und ökonomischen Kampf ist also kein Produkt der russischen bolschewistischen Theorie, die für die deutschen Bedingungen nicht paßt. Diese Theorie ist vor 15 Jahren in talentvollster und überzeugendster Art und Weise von der Führerin des linken revolutionären Flügels der deutschen Sozialdemokratie entwickelt und verteidigt worden.

schwer an der Arbeiterbewegung. Ob das nun wörtlich gesagt ist, darauf kommt es wenig an. Es kommt darauf an, daß sich diese Tendenz wie ein roter Faden durch die Ausführungen mancher Bestürmter des Massenstreiks zieht.“

Husemann-Böhm: „... Wenn man schon davon redet, daß es möglich sei, die Massen Unorganisierten einfach mitzureißen, so hätten diejenigen, die das behaupten, einmal vor 14 Jahren im Ruhrgebiet beim Märzstreik Wohnung nehmen müssen, da hätten sie Studien sammeln können über das Verhalten der Massen und der Gegner. Damals stellte sich heraus, daß auch die Einmütigkeit eines größeren Teiles der Bergarbeiter nicht vermochte Elend zu gewinnen. ... Von den 900 000 Bergarbeitern sind 100 000 bis 200 000 bei uns organisiert, ein Teil der anderen gehört zu den Gegnern, den christlichen, Hirsch-Dunderschen, polnischen und den Gelben. Der größere Teil gehört zu keiner Organisation. Diese Massen hätten wir gegen uns, und dazu die ganze Öffentlichkeit. Dadurch würde unser Kampf von vornherein vergeblich. Auch diese Diskussion hier wird uns die Agitationsarbeit bei den Unorganisierten erschweren, wenn sie erfahren, daß sie eine große Rolle spielen. Nein, nicht ein Blätchen Papier trennt uns von den Unorganisierten, sondern die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, daß man nicht nur in einem Augenblick mal einen Stimmzettel abgibt, sondern daß man durch zähe, andauernde Arbeit dem Gegner etwas abzwängt.“

Rosa Luxemburg: „... Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit“, wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja betriebliebes Putschisten. (Sehr richtig!) Wir seien Verführer.“

„... Wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventuellen Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben vor uns stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verkehrt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für Klassenkämpfe, für eine revolutionäre Aktion des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angesetzt sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen zu erzeugen, um die Organisation zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schaar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen — dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: das heißt ja die Organisation herunterreißen. (Sehr richtig!) Das heißt ja die Disziplinlosigkeit, das heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorzurufen.“

„Ohne Mitwirkung der Unorganisierten wären die Gewerkschaftskämpfe undenkbar“

(Aus einem Artikel „Das Offizientum der Theorie“, erschienen in der „Neuen Zeit“ am 5. September 1913.)

Was weiß Kautsky im Gegensatz zur „russischen Methode“ über die „deutsche Methode“ des Massenstreiks zu sagen? Hier lehnt er vor allem mit Entrüstung jeden Hinweis auf die ausschlaggebende Mitwirkung der Nichtorganisierten ab. „Wer bildet denn diese unorganisierte Masse?“ ruft er. Sie setzt sich zusammen aus kraftlosen, gedrückten, isolierten, verkommenen Elementen, aus unwissenden, gedankenlosen, in Vorurteilen befangenen oder gesinnungslosen Subjekten. „Und solche Elemente sollen die energiefähigste Streitmacht für unsere Kämpfe abgeben?“ Auf diese Frage der Theorie, die mit der Stange im Nebel herumfährt, antwortet die Praxis des politischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes mit einfachen Tatsachen.

Jeder größere gewerkschaftliche Kampf ist seit jeher auf die Unterstützung der Unorganisierten angewiesen, und nur aus großen Kämpfen, an denen die Unorganisierten mitwirkten, ist seit jeher der Haupterfolg der Organisierten hervorgegangen. Ohne die Mitwirkung unorganisierten Massen wären die wichtigsten Gewerkschaftskämpfe und ohne diese Massen wäre die Organisation ein laienhaftes Spiel.

Die Unorganisierten in der Hagener Aussperrung und in dem Belgischen Generalstreik

Dafür nur ein Beispiel. Im Frühjahr 1910 ist in Hagen in Westfalen jene erste Kraftprobe des Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen ausgefochten worden, deren ausgezeichneter Verlauf von großer Bedeutung war, da er dem Industrieverband als Vorpostengefecht die Luft zu der geplanten Generalaussperrung in hohem Maße genommen hatte. In der Aussperrung waren etwa 20 000 Arbeiter beteiligt, darunter 2790 Organisierte und 17 000 Unorganisierte. Und diese Masse hielt unter der Leitung der Organisierten während 17 Wochen tadellos im Kampfe aus. Als Schlüsselfaktor ergab sich nach der Aussperrung eine Verdoppelung der Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes in Hagen.

Ein anderes Beispiel politischer Natur. Am letzten Massenstreik in Belgien waren nach den Angaben des „Vorwärts“ 400 000 bis 450 000 Arbeiter beteiligt. Die Zahl der Parteimitglieder in Belgien beträgt nach dem offiziellen Bericht an den letzten Internationalen Kongress in Kopenhagen 184 000; die Zahl der an die Gewerkschaftskommission der Partei angegeschlossenen sowie der unabhängigen Gewerkschaften — nach demselben Bericht — 72 000; die Zahl aller auf dem Boden des Klassenkampfes gewerkschaftlich Organisierten 126 000, endlich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 141 000. Wohl gemerkt handelt es sich in den drei Kategorien in den allermeisten Fällen um dieselben Personen. Daraus ergibt sich schwarz auf weiß, daß etwa drei Fünftel der Masse im letzten Wahlrechtskampf in Belgien von Unorganisierten gestellt worden ist.

Die Kraftlosen, Gedankenlosen und Verkommenen scheinen entgegen der Kautskyschen Theorie eine ganz tüchtige und unentbehrliche Hilfe bei ökonomischen wie politischen Entscheidungsschlachten zu sein! Ja, wo wären wir mit unserer parlamentarischen Aktion, wenn wir bloß auf die Organisierten angewiesen wären! Bei einer Million politisch, bei zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich Organisierten, wozu noch ein gut Teil Frauen und junge Leute unter 25 Jahren sind, haben wir viereinviertel Millionen Wähler. Sind das auch alles „die Schwachen, die Feigen, die Unentschlossenen“, die über die Hälfte unserer Wählermasse bilden?

Die Kautskysche Theorie des starren Gegenlages

Die Kautskysche Theorie des starren Gegenlages zwischen der organisierten Vorhut und der übrigen Masse des Proletariats ist eben so veraltet wie die Theorie der „normalen“ Zeiten. Sie ist ein Produkt der russischen bolschewistischen Theorie, die für die deutschen Bedingungen nicht paßt.

Die Kautskysche Theorie des starren Gegenlages hat deutlich gezeigt, daß wir uns auf keine andere Macht verlassen dürfen, als auf unsere eigenen Organisationen. Nun, es wäre noch zu unterfragen, inwiefern zu dem Mißlingen des Bergarbeiterstreiks nicht gerade die jaghafte, brennende Leitung beigetragen hat, die seit Jahren jede große Auseinandersetzung zu lokalisieren und hinauszuschieben, ihr jeden politischen Charakter zu nehmen sucht, auf diese Weise aber den Massen nur den Elan und die Sicherheit nimmt.

Also die Vorbedingung eines siegreichen Massenstreiks stellt sich auch in Deutschland letzten Endes als ein einmütiges Zusammenwirken sowohl der Organisierten wie der „Schwachen, Feigen, Unentschlossenen, also der Nichtorganisierten“ heraus, als das Resultat einer Erregung, die beide Schichten gleichmäßig ergreift. Oder, wie ich in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Nur, wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem organisierten Kern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen, historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“

Wenn dem aber so ist, ergibt sich dann nicht für die organisierten, klassenbewußten Teil des Proletariats die klare Pflicht, nicht bloß auf jene „Erregung“ passiv zu warten, sondern sich auch die leitende Rolle der Vorhut zu sichern? Ergibt sich da nicht für die Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe, sich durch ihre ganze Haltung jetzt schon den größten Einfluß auf die unorganisierte Masse zu verschaffen, durch entschlossene Offenheit das Vertrauen der weitesten Volksschichten zu gewinnen, den eigenen Organisationsapparat für die Anforderungen großer Massenaktionen anzupassen.

Die Organisierung der Unorganisierten

(Aus der Broschüre: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“)

Die Erklärung mancher Gewerkschaftsführer zu der Frage des Massenstreiks erschöpft sich gewöhnlich in der Behauptung: „Wir sind noch nicht stark genug, um eine so gewagte Kraftprobe wie einen Massenstreik zu riskieren.“ Nun ist dieser Standpunkt insofern ein unhaltbarer, weil es eine unlösliche Aufgabe ist, auf dem Wege einer ruhigen, zähen, andauernden Arbeit die Organisation des Proletariats zu irgendetwas „stark genug“ zu machen. Vor dreißig Jahren zählten die deutschen Gewerkschaften 50 000 Mitglieder. Das war offenbar eine Zahl, bei der, nach dem obigen Maßstabe, an einen Massenstreik nicht zu denken war. Nach weiteren fünfzehn Jahren waren die Gewerkschaften viermal so stark und zählten 237 000 Mitglieder. Wenn man jedoch die heutigen Gewerkschaftsführer gefragt hätte, ob nun die Organisation des Proletariats reif wäre, so hätten sie sicher geantwortet, daß dies bei weitem nicht der Fall sei, und daß die gewerkschaftlich Organisierten erst nach Millionen zählen müßten.

Heute gehen die organisierten Gewerkschaftsmitglieder bereits in die zweite Million, aber die Ansicht ihrer Führer ist genau dieselbe, was offenbar so ins Unendliche gehen kann. Stillschweigend wird dabei vorausgesetzt, daß überhaupt die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands bis auf den letzten Mann und die letzte Frau in die Organisation aufgenommen werden müsse, bevor man „stark genug“ sei, eine Massenaktion zu wagen, die alsdann, nach der alten Formel, sich auch noch wahrscheinlich als „überflüssig“ herausstellen würde. Diese Theorie ist jedoch aus dem einfachen Grunde völlig utopisch, weil sie an einem inneren Widerspruch leidet, sich im schlimmsten Zirkel dreht. Die Arbeiter sollen, bevor sie irgendeinen direkten Klassenkampf vornehmen können, sämtlich organisiert sein. Die Verhältnisse, die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des bürokratischen Staates bringen es aber mit sich, daß bei dem „normalen“ Verlauf der Dinge, ohne stürmische Klassenkämpfe, bestimmte Schichten — und zwar gerade das Gros, die wichtigsten, die tiefsten Lebenden, die vom Kapital und vom Staat am meisten gedrückten Schichten des Proletariats — eben gar nicht organisiert werden können.

Andererseits aber können die Gewerkschaften, wie alle Kampforganisationen des Proletariats, sich selbst nicht auf die Dauer anders erhalten als gerade im Kampf, und zwar nicht im Sinne allein des Proschmäufertretens in den stehenden Gewässern der bürgerlich-parlamentarischen Periode, sondern im Sinne heftiger, revolutionärer Perioden des Massenkampfes.

Die heile, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung läßt umgekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen.

Ein anderes Beispiel dieser Art zeigt die eigene Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Im Jahre 1878 betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 50 000. Nach der Theorie der heutigen Gewerkschaftsführer war diese Organisation, wie gesagt, bei weitem nicht „stark genug“, um einen heftigen politischen Kampf aufzunehmen. Die deutschen Gewerkschaften haben aber, so schwach sie damals waren, den Kampf aufgenommen — nämlich den Kampf mit dem Sozialistengesetz — und sie erwiesen sich nicht nur „stark genug“, aus dem Kampfe als Sieger hervorzugehen, sondern sie haben in diesem Kampfe ihre Kraft vervielfacht.

Die Debatte über die Unorganisierten auf dem Parteitag 1913 der SPD. in Jena

Scheidemann

... Von anderer Seite ist in temperamentvoller Weise gesprochen worden von dem „Organisationshochmut“, und die Nichtorganisierten werden hingestellt als Wunderkinder, die bereit sind alles Gute — der Partei voran — schaffen werden ...

... Jedenfalls dürfen wir nicht damit beginnen, die Organisationen zu diskreditieren und es so hinzustellen, als ob aus den Unorganisierten nur ein Stück Papier treunt. Ist denn das Mitgliedsbuch, ist denn der Schein, auf dem der Beitrag quittiert wird, alles, was uns von den Unorganisierten trennt? Solche Worte beweisen, daß diejenigen, die so reden, weder die Organisierten noch die Unorganisierten kennen ...

Bauer-Berlin:

... Die fortgesetzte Organisationserrichtung, die aus den Reden der Genossin Luxemburg herauszuhören ist, schädigt unsere

organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert ...

Schumann-Berlin:

... Daß Rosa Luxemburg der Meinung ist, daß die festgefühten Organisationen nicht unbedingtes Erfordernis zur Erringung von Erfolgen sind, geht aus ihrem Artikel in Nr. 49 der „Neuen Zeit“ hervor, worin sie auf einen Kampf der Metallarbeiter in Hagen hinweist, wo von 20 000 kämpfenden Arbeitern rund 17 000 unorganisiert waren. Sie führt aus, daß der Kampf 17 Wochen tadellos geführt wurde und nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch die Zahl der Organisierten verdoppelt hat ...

Wer den Arbeitern einzureden sucht, daß sie festgefühten Organisationen im Kampf gegen das Proletariat nicht brauchen (Juraj: „Wer sagt denn das?“), der verständig ist

Kommun. ft. che Anträge angenommen - Die Stadthaus hatte vertagt - Soj a demokraten gegen Arbeiterbörse

B'eluf in Breslau geiehen?

Nach Mitteilung der Kriminalpolizei ist der gesuchte Raubmörder Fritz Biesul am Donnerstagvormittag auf der Straße von einem Breslauer Mediziner gesehen und mit Bestimmtheit erkannt worden.

Augenzeugen des Ueberfalles auf die Steuerzahlstelle in der Hohenzollernstraße, der im vorigen Jahre verübt worden ist, haben sich bei der Kriminalpolizei gemeldet und bekundet, daß die damaligen Räuber mit den jetzt festgestellten Raubmördern Breuer und Biesul identisch sind.

Eine Woche ohne Erwerbslosen-Zunahme

Im Bezirk des Arbeitsamtes Breslau ist die Zahl der Arbeitssuchenden von 59 632 auf 58 198 gefallen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist von 29 191 auf 29 875 gestiegen.

Zwanzig Grad unter Null!

Allen Wettermachern zum Trost, die Föhnluft vorhergesagt, ist im Laufe des gestrigen Tages keine Kälte eingetreten. Heute früh wurden in der inneren Stadt 17 Grad, in den Außenbezirken 20 Grad unter Null festgestellt.

Straßenbahnzusammenstoß am Leßingplatz

Gestern um 14,30 Uhr fuhr an der Haltestelle vor der Turnhalle am Leßingplatz ein Wagenzug der Linie 1 auf einen dort haltenden Wagenzug der Linie 10. Bei beiden Wagen wurden die Puffer eingedrückt, auch zerbrochen einige Scheiben.

In der Oder ertrunken

Heute morgen gegen 4 Uhr ist der Bootsmann Weinzeitel von der Weichgasse 1, der an der Fällertinsel auf einem Laufsteg vom Ufer nach dem Kahn gehen wollte, in die offene Oder gefallen.

Eintrittskarten für die „Roten Kisten“

die Spieltruppe des RZV. Berlin, die am 15. Februar im „Schießwerder“ auftritt, sind schon heute im Vorverkauf bei den Funktionären des RZV, bei der Gauführung, Fischergasse 22, und in der Arbeiterbuchhandlung, Feldstraße 50, zu haben.

Festnahme auf der Sternschanze

Gestern wurden drei Erwerbslose wegen „Hausfriedensbruchs“ auf der Sternschanze festgenommen. Die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die wartenden Erwerbslosen vorgegangen war.

Alle erwerbslosen Parteigenossen

erscheinen heute Freitag 15 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im Lokal „Turmhof“, Antonienstraße.

Die beiden vermischten Schüler ermittelt. Die Schüler Konrad Kallisch und Christoph Bösel, über deren Verschwinden wir berichteten, sind in Rotterdam festgenommen worden. Sie wurden von dort an die deutsche Grenze gebracht.

Festnahme eines Stillschlichters. Festgenommen wurde der 24jährige Schill wegen unzüchtiger Handlungen an zwei Kindern unter 14 Jahren, die beide mit einer Geschlechtskrankheit angesetzt wurden.

Straßenunfälle. Am gestrigen Tage ist auf der Trebnitzer Chaussee der Kutscher Max Kötter von der Postkassette 6 vom Wagen gefallen und überfahren worden. Gestern nachmittag wurde auf der Königsbrücke der Schüler Gustmann, Werderstraße 78, von der Straßenbahn umgefahren und verletzt.

Vermißt wird der Schuhmacherlehrling Walter Damnit, geboren am 2. November 1911 zu Breslau, Paradiesstraße 8 wohnhaft gewesen.

Gewerbesteuer. Die Erhöhung des Zuschlages zum Grundbetrage der Gewerbeertragssteuer von 190 v. H. auf 560 v. H. und des Zuschlages zum Grundbetrage der Gewerbesteuer von 930 v. H. auf 1470 v. H. für die Zeit von April 1928 bis zum 31. Dezember 1928 geleistet werden müssen.

Februar-Spielplan der Breslauer Volksbühne. Die beiden nächsten Veranstaltungen der Volksbühne stehen im Zeichen Leßings: am 2. Februar kommt für die Stammgemeinde im Lobe-Theater „Minna von Barnhelm“ heraus, gleichzeitig wird für die Halbschüler-Gemeinde „Nathan der Weise“ gegeben.

Was man gegen Grippe und Influenza tun kann. Professor Dr. med. Zuelzer, der sich auf reiche praktische Erfahrungen stützen kann, empfiehlt bei der Bekämpfung dieser heimtückischen Krankheiten besonders die Verwendung einer Mischung von Chinin und Salicylpräparaten.

Genosse Alfred Thomas, unser Lokal- und Sportredakteur, nimmt an einem mehrwöchigen Kursus an der Reichsparteischule in Berlin teil.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung arbeitete fast reiflos die 23 Punkte umfassende Tagesordnung auf. Nachstehend der Sitzungsbericht:

Ein Ansuchen um Abgabe der Stadthaus für Jugendpflege angeschlossenen Vereine, die städtischen Spielplätze ungenügend zur Verfügung zu stellen, wird angenommen. Genosse Adelt hatte hierzu folgenden Zusatzantrag:

„Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 19. September 1925 einen Rundschreiben an alle Gemeinden herausgegeben. Nach diesem Erlaß ist es den Gemeinden verboten, städtische Einrichtungen, wie Schulen, Sportplätze, Turnhallen usw. den Mitgliedern der kommunistischen Partei Deutschlands, des Jung-Parteienbundes und des Roten Frontkämpferbundes zur Verfügung zu stellen.“

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Magistrat zu ersuchen, beim Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Aushebung des Erlasses zu beantragen, damit den obengenannten Organisationen die Benutzung städtischer Einrichtungen ermöglicht wird.“

Auch der Zusatzantrag gelangt zur Annahme. — Der Magistrat erucht um Zustimmung, daß die Straßenbahn von Grünliche nach Wartheln verlängert wird. Dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt. Weiterhin soll eine Gleisanlage von der Fürststraße nach der Wilhelmstrasse gebaut werden.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen. Wegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen. Wegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen.

Prozesse um Lohn und Arbeit

Gegen Einte-Hofmann klagte beim hiesigen Arbeitsgericht der Schlosser K. auf Zahlung einer Entschädigung von 83,90 Mark.

Genosse Adelt weist darauf hin, daß kleine Beamte und Arbeiter Hungerentlohnungen beziehen, während hier für einen Stadtrat 17 000 Mark ausgegeben werden sollen. Wegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Die im Ruckbaum-Ausschnitt beschäftigte Gewerbegehilfin J. erkrankte am 19. Dezember v. J. Nachdem sie versucht hatte, während einer vorübergehenden Besserung an diesem Tage die Arbeit wieder aufzunehmen, mußte sie sich dann doch zu Bett begeben.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Freitag Mitgliederversammlung im „Fleischerhof“, Subenstraße 104. Sonntag 19 Uhr im „Großen Kursürker“ Parteigeneralversammlung.

Kommunistischer Jugendverband

- Unterstützt Matrosen: Sonntag 19 Uhr in Altwasser, „Eisernes Kreuz“. Unterstützt Kriegergehilfen: Sonntag 9 Uhr in Landeshut, Waldhaus „Zur Sonne“.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Abt. 3. Sonntag 10 Uhr Funktionsfeier. Untergruppen Kriegergehilfen, Arbeitergehilfen, Landeshut. In der Wochenendschule am Sonntag, dem 2. Februar, 20 Uhr in Landeshut müssen alle Funktionäre der Ortsgruppen Landeshut, Krausenfurt, Liebau und Schwarzwaldau erscheinen.

zu wählen sind, und zwar sollen drei vom bürgerlich-reaktionären Reichsausschuss für Arbeitslosigkeit vorgeschlagen werden. Angeblich komme darin das Stärkerhältnis der beiden Gruppen, wie es aus Sitzungsprotokollen zu ersehen sei, richtig zum Ausdruck.

Man sieht daraus, daß auch Stadtstellenlagen. Trotz dem wird dieser Antrag mit 40 gegen 88 Stimmen angenommen. Den Ausschlag geben zwei Sozialdemokraten, die in trauriger Parodie mit den Bürgerlichen stimmten.

Die gleichfalls auf der Tagesordnung stehende Vorlage „Bau eines technischen Stadthauses am Leßingplatz“ wird nochmals an die Ausschüsse zur Überweisung.

Die Stadthausverwaltung kritisierte die Anweisung zu geben, daß alle bei Errichtung des technischen Stadthauses notwendigen Arbeiten in eigener Regie und, falls dieses nicht möglich ist, durch Breslauer Unternehmer mit ausschließlich Breslauer Arbeitskräften auszuführen sind.“

Die Stadthausverwaltung kritisierte die Anweisung zu geben, daß alle bei Errichtung des technischen Stadthauses notwendigen Arbeiten in eigener Regie und, falls dieses nicht möglich ist, durch Breslauer Unternehmer mit ausschließlich Breslauer Arbeitskräften auszuführen sind.“

Die Stadthausverwaltung kritisierte die Anweisung zu geben, daß alle bei Errichtung des technischen Stadthauses notwendigen Arbeiten in eigener Regie und, falls dieses nicht möglich ist, durch Breslauer Unternehmer mit ausschließlich Breslauer Arbeitskräften auszuführen sind.“

Die Stadthausverwaltung kritisierte die Anweisung zu geben, daß alle bei Errichtung des technischen Stadthauses notwendigen Arbeiten in eigener Regie und, falls dieses nicht möglich ist, durch Breslauer Unternehmer mit ausschließlich Breslauer Arbeitskräften auszuführen sind.“

Einem Einbild in die erbärmliche Lage der Feldarbeiterinnen bekam man bei der Verhandlung der Klage einer Frau K. gegen das Wäschegehilfen Ritschmann. Die Klage betraf sich auf den horrenden Betrag von 3,60 Mark und die Herausgabe eines Kleides, das sie dort zum Verkauf gegeben und nicht mehr zurückbekommen hatte.

Einem Einbild in die erbärmliche Lage der Feldarbeiterinnen bekam man bei der Verhandlung der Klage einer Frau K. gegen das Wäschegehilfen Ritschmann. Die Klage betraf sich auf den horrenden Betrag von 3,60 Mark und die Herausgabe eines Kleides, das sie dort zum Verkauf gegeben und nicht mehr zurückbekommen hatte.

Sonstige Organisationen: Internationaler Bund, Freitag 19.30 Uhr Versammlung. Arbeiter-Opern-Gruppe, Freitag 20 Uhr bei Kötter, Obergassen 88. Monatsversammlung, Vorstandsmittag 19.30 Uhr.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Keine Verlängerung! Heute Freitag, letzter Tag, 5 und 8 Uhr



Gutes Beiprogramm. Bringen Sie ihre Kinder zur ersten Vorstellung Arbeiter-Sportkartell E.V.

Vereinigte Theater Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 2. 2.
bis Sonntag, den 3. 2.
täglich 20.15 Uhr
Neuinszenierung anlässlich
Vollzugs 200. Geburtstages
Mina von Barnhelm
Sonntag, den 3. 2.
15.30 Uhr
Olympia

Thalla-Theater

Von Sonnabend, den 2. 2.
bis Sonntag, den 3. 2.
täglich 20.15 Uhr
Neuinszenierung anlässlich
Vollzugs 200. Geburtstages
Nathan der Weise
Sonntag, den 3. 2.
15.30 Uhr
Revolte im Erziehungsbaus

Schauspielhaus Operettenbühne Breslau

Telephon Nr. 36804
Täglich 20 Uhr
**Die Männer
der Manon**
Sonntag, 15 1/2 Uhr
(nachm. 8 1/2 Uhr)
Der Zarewitsch

Stadt-Theater Breslau (Opernhaus)

Freitag, 20 Uhr
Abendmitsch-Vorstellung Serie H 11
Der Barbier von Sevilla
Sonntag, 20 Uhr
Schwanda, der Dubschadler
Sonntag, 15 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßig. Preis. (Gr. 2)
Sigaro Hochzeit
Sonntag, 19.30 Uhr
Die Banberblie

"Pietät" Wilhelm Schneider Bestattungs-Anstalt

Breslau 1, Schuhbrücke 58, Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher 54404
Begrübnis-Versicherung

Oskar Baum

Breslau, Sternstrasse Nr. 77
Ecke Hedwigstrasse
Wäsche, Schürzen u. Kleider

Schaefer-Einreibung

berühmt und bewährt bei Rheumatismus
und Nervenschmerz, wird nach einem
alten Original Rezept in meinem La-
natorium hergestellt in Flaschen zu
0.50, 0.50, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münster-
berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Nur Qualitätsware kaufen Sie sehr preiswert im Schuhhaus Lewkowitz Breslau, Scheitniger Str. 25

Franz Potstada Hirschberg

Außere Burgstr. 9
Red.-fleisch- und Wurstwaren

Sprechapparate und -platten speziell Rote Frontkämpfer - Marsch Proletarische Lieder und sämtliche neuesten Schlager Georg Greulich, Hummerel 52 dequeme Teilzahlungen

Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten Fritz Püschel Hirschberg, Sechsstätte Nr. 10 a

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren Oskar Laqua Breslau, Anderssensir. 31

Radio - Anlagen und Grammophone in allen Preislagen Streng reelle und fachmännische Bedienung Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H. **STREHLER** Paul-Ehrlichstraße 14 (Nahe Ring)

Nähmaschinen Unter-, Adler-, Dürkopp-, Kayser Knoploch- und Viefen-Maschinen für Schneider und Schuhmacher Fahrräder, Sprechapparate Reparatur-Werkstatt Georg Greulich Breslau, nur Hummerel 21 u. 52 Kleine Anzahlung wöchentliche Abzahlung 2,50 Mark.

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren Bekleidungshaus A. Ostrower Striegau Ring 48.

Kind- u. Schmeinführung Ernst Heide Breslau, Markthalle Ritterplatz Stand 27/28

Waldenburg Waldenburg Auenstraße 55, am Sonnenplatz

Otto Klaehig, Weidenstraße 18 Messerschmiedemeister Schleif- und Polier-Anstalt Stahlwaren - Spezialgeschäft

Achtung! Bettfedern Federn für Riffenfüllung Bettfedern - Spezialgeschäft Maria Nowarra Liegnitz, Mittelstraße Nr. 22

Möbel

Küchen, komplett, 7-teilig
Schränke, poliert, 2-10-teilig
Ausziehische, polierte Stühle
Preis w. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auslege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
Stroh- und Möbel / en detail, en gros
Muthlasstr. 107 u. Weidenstraße 18/20

Achtung! Bettfedern Federn für Riffenfüllung Bettfedern - Spezialgeschäft Maria Nowarra Liegnitz, Mittelstraße Nr. 22

Sie verdienen täglich 10 Mark mit Schnürsenkel Nur persönl. kommen **Reste** in Serge, Kette, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware Detail und Engros **Berth. Lippert** Breslau Heinrichstraße 16 Filiale: Oberstr. 17 Weißherberggass: 43

Wir liefern Plakate Briefbogen Rechnungen Programme Einladungskarten Flugblätter Werke Zeitungen Zeitschriften Rotationsdruck Massenaufgaben prompt und preiswert

PEUVAG Papier-Erzeugung und Verwertung Aktien-Gesellschaft Berlin Fil. Breslau Trenitzer Str. 10

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	100-110
Schweinehälften	1.40
Schweine-Roteletts	1.30
Rindfleisch o. Knoch.	1.10-1.30
Suppenfleisch	0.80-1.00
Kalbfilet	1.00-1.20
Kalbfilet o. Knoch.	1.30-1.50
Rauhfleisch	1.30-1.40
Büchelfleisch	1.10-1.30
Feinere Schweinehälften	1.10
Feiner Speck (deutsch)	1.10
Ansgebr. Schweinefleisch (deutsch)	1.00
Salzschinken	0.70-1.00
Gehacktes	von 0.70 an
Lungenfett	0.85
Gewürzte Eisbeine	1.00
Räucherpeck (deutsch)	1.20
Gelochter Schinken	1/2 0.55
Roc-er Schinken	1/2 0.55
Lochschinken	1/2 0.55
Prep. u. Rostabella	1/2 0.30
Wietwurft	0.30
Leberwurst	1/2 0.25-1.40
Polnische	1/2 0.90-1.10
Knoblauchwurst	1/2 0.70-0.90
Feinstes Würstchen	1/2 0.40
Feinere Bratenwurst	0.20-0.30

sowie alle anderen Fleisch- u. Würst-
waren zu billigen Preisen empfohlen
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 609

Kaufhaus Bach & Bladmam Breslau 23 = Herdinstr. 44 Filiale: Brockau, Güntherstr. 19 Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!

Trinkt Lecinerv, Vitavin in allen Apotheken und Drogerien erhältlich **A. Hentschel & Co.** Brunnstr. 34 u. Taubentzenplatz 6

Musikhaus „Odertor“ Größtes Spezial-Musikhaus in der Odertorvorstadt. Vinzenzstrasse 59, Ecke Eibingstraße Sprech-Apparate und Schallplatten billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

C. Herrmann Sortimentslager Breslau, Moltkestr. 6 Kurz, Weiß, Wollwaren

Hüte und Mützen Herren-Artikel kaufen Sie am besten bei **Felix Eckert** Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

Bekanntmachung von Breslau Im Februar 1929 sind an die städtischen Steuereassen zu entrichten:

- Bis zum 6. Februar:
Schulgeld für Februar in bisheriger Höhe.
- Bis zum 15. Februar:
a) Gewerbetragsteuer und Gewerbe-
kapitalsteuer.
Es haben zu zahlen:
1. Gewerbetreibende, die den Veran-
ziehungsbefcheid für 1928 erst nach
dem 31. Dezember 1928 erhalten
haben:
die in diesen Bescheiden errechneten
Jahresätze, soweit nicht bereits Vor-
auszahlungen hierauf geleistet sind;
2. Gewerbetreibende, die den Veran-
ziehungsbefcheid für 1928 bis zum 31.
Dezember 1928 erhalten haben:
für Januar/März 1929 den Viertel-
jahresbetrag der erhöhten Jahressteuer
und die Nachzahlungen für die Zeit
von April bis Dezember 1928 infolge
Erhöhung der Zuschläge nach den den
einzelnen Gewerbetreibenden von den
Steuereassen zugelandeten Berechnun-
gen;
3. Gewerbetreibende, die einen Veran-
ziehungsbefcheid für 1928 noch nicht
erhalten haben:
für Januar/März 1929 eine Vor-
auszahlung in Höhe eines Viertels der
zuletzt festgesetzten Jahressteuerhuld.

- Handwertkammerbeitrag für Janu-
ar/März 1929 in Höhe eines Viertels
des im Veranlagungsbefehde für 1928
angegedenen Jahressatzes.
- Staatliche Grundvermögensteuer in
bisheriger Höhe

- für alle Grundstücke, die dauernd land-
oder forstwirtschaftlichen oder gärt-
nerischen Zwecken dienen, für Januar/
März 1929.
- für alle übrigen Grundstücke für Fe-
bruar 1929.
- Gemeindezuschlag zur staatlichen
Grundvermögensteuer.
Es sind für die unter c) 1. genann-
ten Grundstücke insgesamt 390 u. f. d.
des Vierteljahresatzes, und für die
unter c) 2. genannten Grundstücke in-
gesamt 390 u. f. d. des Monatsatzes der
staatlichen Steuer auf Grund nach-
stehender Berechnung zu zahlen:

- für die unter c) 1. genannten Grund-
stücke für Januar/März 1929 der er-
höhte Gemeindezuschlag von 285 u. f. d.
und für April bis Dezember 1928 die
Nachzahlung infolge Erhöhung des Zu-
schlages von 250 u. f. d. auf 285 u. f. d.
entsprechend 3×35 u. f. d. = 105 u. f. d.
des Vierteljahresatzes der staatlichen
Steuer;

- für die unter c) 2. genannten Grund-
stücke für Februar 1929 der erhöhte
Gemeindezuschlag von 285 u. f. d. und
das zweite Drittel der Nachzahlung für
April bis Dezember 1928 infolge Er-
höhung des Zuschlages von 250 u. f. d.
auf 285 u. f. d. entsprechend 9×35 u. f. d.
= 105 u. f. d. des Monatsatzes der
staatlichen Steuer;
- Grundvermögensteuer für Februar 1929 in
bisheriger Höhe;
- Sanal- und Wirtabjahrgeldern für
Februar 1929 in bisheriger Höhe.
Bei verspäteter Zahlung sind die ge-
glichen Verzugszinsen (10 u. f. d.) zu ent-
richten. Im Falle der Kaufung und der
wangsüßredung treten hierzu noch die
nach den gesetzlichen Bestimmungen zu
rechnenden Gebühren.

Breslau, 1. Februar 1929.
Städtische Hauptverwaltg.

Möbel

jeder Art!
Schränke
für Kleider und
Wäsche
Bettstellen
in Holz u. Eisen
moderne
Küchen
und einzelne
Büretts
in größter Aus-
wahl und jeder
Preislage
Auf Wunsch
Teilzahlung!

P. Fleischer Waldenburg Weinrichstr. 15/16 Lieferung frei nach allen Orten

Seibwelle Masken Cheater - Garderoben Smoking-, Frack- und Gehrock-Anzüge **Adolf Siel** Schweidnitz Hofstraße 38 Telephon Nr. 708

Schuh- waren kaufen Sie gut und preiswert bei **J. Koschany** Liegnitz Haynauer Straße 8

Inserate haben in unserer Zeitung besten Erfolg

Markgrafen-Kabarett MK Gleiwitz, Ecke Nikolaistraße Das fabelhafte Riesen - Kabarett - Programm **11 Kabarettnummern** Wochentags bei freiem Eintritt Zivile Preise! Ausschank: Kulmbacher Markgrafen - Brau! Heute neues Programm! 4 u. 8 Uhr Sonntags 2 Vorstellungen 4 u. 8 Uhr

Gühneraugen Hornhaut, Schwiele u. Warzen beseitigt schnell, sicher und unblutig **Kukirool** Verlangen Sie in der nächsten Kukirool-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschild, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück! Eine Packung Kukirool mit dem Garantieschild kostet 1 Mark.

Antifäliche Befanntmachung von Weißstein.

Gemäß § 120 Absatz 5 der Land-
gemeindordnung vom 3. Juni 1891 liegt
die festgesetzte und für richtig befundene
Gemeindekassenrechnung für 1927 in der
Zeit vom
4. bis einschl. 16. Februar 1929
in Zimmer Nr. 8 des Amtsbüroaus
Einblick der Gemeindeangehörigen öffent-
lich aus.
Weißstein, den 31. Januar 1929.
Der Gemeindevorsteher
Sertin

Zigarren Zigaretten Tabake stets gut und billig und in reicher Auswahl bei **Max Olbrich, Weißstein** Ecke Feldstraße

Spottbillig Restposten Mäntel entzückende Tanzkleider Woll- und Velourkleider- waren Trikots zur Wäsche u. v. a. **Modehaus Landsberger** Schweidnitz Innerer Ring 2, neben Rathauskeller

Kolonialwaren u. Lebensmittel kauft nur bei **Klara Lison** Schweidnitz, Langstr. 23

Kolonialwaren u. Lebensmittel kauft man bei **Helene Reimann** Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Sie decken Ihren Bedarf in Kurz-, Weiß- u. Wollwaren vorteilhaft im Sortimentslager **Karl Brendel** Gottesberg, Markt 12

Haus- und Küchengeräte kaufen Sie preiswert in bekannter Güte bei **Berthold Mager G.m.b.H.** Jauer

Billigste Bezugsquelle für Schuhmacher u. Lederverbraucher Großes Lager in Ober- u. Unterledern sämtlichen Schuhmacher-Bedarfsartikeln Schuhpflege- und Färbemittel Anfertigung von Maßschäften **Max Glogowski** Lederhandlung Ohlau, Mälzerstrasse Nr. 3 (Eingang durch den Hausflur)